

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **07.03.2018**, 17:15 Uhr - 18:53 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Astrid Bühl, Gaby Comos-Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Jens Christian Heinemann,
Dieter Kemmerling, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder,

von der SPD-Fraktion:

Elke Haves, Marius Herwig (ab 17:18 Uhr), Thomas Kollmann, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Dr. Brigitte Hasenjürgen, Christoph Kattentidt, Sylvia Rietenberg, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld,

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu, Hartmut Kraul (ab 17:33 Uhr), Arnold Voskamp, Elisabeth Wibben,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Brigitte Kempe, Jessica
Kochmann, Heinz Lembeck, Florian Meyer, Sabine Obach, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Petra
Woldt,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Joachim Bruns, Doris Feldmann, Otmar Knüvener, Otto Reiners, Ulrich Schülbe, Margareta Seiling, Peter Wolfgarten,

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|--------------------------|---|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0099/2018</u>
VI | 5. Zweiter Erfahrungsbericht Hilfen beim Umzug |
| <u>V/1046/2017</u>
V | 6. Neues Konzept für die Betreuung von Menschen in städtischen Obdachloseneinrichtungen - Entwicklung des Standortes Trauttmansdorffstraße |
| <u>V/0049/2018</u>
V | 7. Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber - Evaluations- und Erfahrungsbericht der Verwaltung |
| <u>V/1064/2017</u>
V | 8. Förderrichtlinien für Projekte zur „Inklusiven Gesundheitsversorgung“ |
| <u>V/0126/2018</u>
V | 9. Existenzsicherung durch leistungsträgerübergreifende Kooperation sicherstellen |
| <u>V/0121/2018</u>
V | 10. Basisinformationen Jobcenter |
| | 11. Verschiedenes |

Herr Kollmann eröffnete um 17:15 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Herr Kollmann begrüßte Frau Ratsfrau Astrid Bühl als neues ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung.

Punkt 1 der Tagesordnung Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung Festsetzung der Tagesordnung

Frau Rietenberg beantragte, die für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgesehene Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Kette zu beraten. Außerdem regte sie an, die Vorlage in einem weiteren, von der Thematik ebenfalls betroffenen Fachausschuss zu beraten.

Widerspruch gegen diese Vorschläge wurde nicht erhoben. Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Kollmann wies darauf hin, dass weitere Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Sitzungsteil nicht vorgesehen seien und dieser damit entfallen könne.

Auch gegen diesen Vorschlag wurde kein Widerspruch erhoben. Auf einen nichtöffentlichen Sitzungsteil wurde daher verzichtet.

Punkt 3 der Tagesordnung Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung Eingänge

Herr Kollmann berichtete über folgende Eingänge:

3.1.1 Stand der Errichtung und Finanzierung des Frauenhauses Wolbeck

Wie in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zugesagt, seien die sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen sowie er selbst als Vorsitzender des Ausschusses mit Schreiben der Verwaltung vom 15.02.2018 über den Stand der Errichtung und Finanzierung des Frauenhauses Wolbeck unterrichtet worden.

Das Schreiben der Verwaltung vom 15.02.2018 ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1.**

3.1.2 Vorlage V/0039/2018

Dezernatsgliederung

Zuordnung der Tätigkeitsbereiche des bisherigen Aufgabenbereiches Migration und interkulturelle Angelegenheiten

Die Mitglieder hätten die Vorlage per mail zur Kenntnis bekommen. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung habe zwar keine formale Zuständigkeit, die Angelegenheit betreffe aber seinen Bereich.

Die Vorlage ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 2**.

Punkt 3.2 der Tagesordnung

Mitteilungen

Frau Arnkens-Homann

3.2.1 wies auf folgende Unterlagen hin, die die Mitglieder vorab erhalten hatten:

- Daten zur Flüchtlingssituation – **Anlage 3**.

Frau Arnkens-Homann ergänzte die bereits vorab versandten Daten zur Flüchtlingssituation um zusätzliche Informationen – **Anlage 4**.

- Informationen zur Förderung – **Anlage 5**
 - von Initiativen im Feld Migration/Integration und
 - von Begegnungsstätten/Stadteitarbeit
- Neue Flyer der FreiwilligenAgentur Münster – **Anlagen 6a und 6b** mit Einladung zur Fotoausstellung „Münster gewinnt eins zu eins“
- Informationen zum Münster-Pass - **Anlage 7**

3.2.2 informierte über die Winternothilfe für wohnungslose Menschen.

Die Information ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 8**.

Frau Woldt

informierte über die folgenden zwei Themen:

3.2.3 Integriert durch freiwilliges Engagement - Geflüchtete übernehmen ein Ehrenamt
Ein Pilot der FreiwilligenAgentur Münster

- **Anlage 9**

3.2.4 Sachstand Ehrenamtskarte

- **Anlage 10**

Herr Bierstedt

berichtete zu den folgenden zwei Themen:

3.2.5 Kooperation mit den Niederlanden – Projekt „Kenne deine Nachbarn“ und weitere grenzüberschreitende Aktivitäten

- **Anlage 11**

3.2.6 Modellprojekte Bundesteilhabegesetz

- **Anlage 12**

Punkt 4 der Tagesordnung**Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Herr Kollmann wies auf zwei als Tischvorlage verteilte Anträge hin, die sich auf nachfolgende Punkte der Tagesordnung bezögen. Sie würden daher auch unter dem entsprechenden Punkt thematisiert.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0099/2018****Zweiter Erfahrungsbericht Hilfen beim Umzug**

Frau Kochmann und Frau Obach beantworteten Fragen der Mitglieder und sagten eine Prüfung des Vorschlages zu, künftig den Anteil von Haushalten mit Migrationsvorgeschichte in den Berichten aufzuführen.

Vertreter aller Fraktionen bedankten sich für die gute Arbeit. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung quittierte diese Äußerungen mit Beifall.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/1046/2017****Neues Konzept für die Betreuung von Menschen in städtischen Obdachloseneinrichtungen - Entwicklung des Standortes Trauttmansdorffstraße**

Frau Loschelder erklärte sich für diesen Punkt der Tagesordnung für befangen im Sinne des § 31 GO NRW und kündigte an, an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilzunehmen.

Frau Winkel brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein – **Anlage 13** und regte eine umfassende und rechtzeitige Information der Öffentlichkeit an.

Frau Arnkens-Homann sagte dies zu.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion ab und lehnte diesen mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Herr Kattentidt lobte ausdrücklich die in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen und bezeichnete sie als Meilenstein auf dem Weg zu einer Integration der Bewohnerinnen und Bewohner.

Herr Kollmann erklärte als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung, dass diese Vorlage von allen Mitgliedern des Ausschusses begrüßt werde.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt dem in der Begründung sowie der Anlage 1 zu dieser Vorlage beschriebenen neuen Konzept für die Betreuung von Menschen in städtischen Obdachloseneinrichtungen und zur Entwicklung des Standortes Trauttmansdorffstraße 77 bis 87 zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 2.1. auf der Grundlage dieses Konzepts die in der Begründung dargestellten Maßnahmen zügig umzusetzen mit dem Ziel, den Standort Trauttmansdorffstraße als Obdachloseneinrichtung so schnell wie möglich aufzugeben, möglichst bis zum 31.12.2018,
 - 2.2. die bisherigen Flüchtlingseinrichtungen Sandfortskamp 6 - 12 (ca. 30 Plätze) und Hoher Heckenweg 170 - 184 (ca. 50 Plätze) als dezentrale Obdachloseneinrichtungen umzunutzen, die Einrichtung Sandfortskamp sofort und dauerhaft, die Einrichtung Hoher Heckenweg sukzessive mit dem Ziel, sie in Abhängigkeit von der künftigen Eigentumssituation und Standortentwicklung ebenfalls dauerhaft als Obdachloseneinrichtung zu nutzen,
 - 2.3. zeitnah weitere Vorschläge für die Umnutzung von nicht mehr benötigten Flüchtlings-einrichtungen oder Alternativen (z. B. Anmietungen, Kauf von Häusern der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Bau von Gebäuden in Holzrahmenbauweise, Neubau von Häusern) für Zwecke der Wohnungslosenhilfe zu prüfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
3. Für die persönliche Betreuung der Obdachloseneinrichtungen werden zusätzliche Mitarbeiter/-innen im Umfang von bis zu 5,00 Vollzeitäquivalenten (VZÄ, Vollzeitstellen) max. EGr. S 12 für Sozialarbeiter/-innen bzw. Sozialpädagogen/-innen und bis zu 2,50 VZÄ max. EGr. 4 für Hauswarte/-innen entsprechend der Übersicht in der Anlage 2 zunächst überplanmäßig und befristet bis zum 31.12.2018 eingesetzt. Über die dauerhafte Fortsetzung des Personaleinsatzes im Umfang von bis zu 4,00 VZÄ Sozialarbeit und 2,00 VZÄ Hausdienst ist im Rahmen der Beratungen des Stellenplans 2019 zu entscheiden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Bei der Vermeidung von Wohnungslosigkeit handelt es sich um eine Pflichtaufgabe. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind als qualitative Standardausweitung entsprechend der Beschlusslage mit den in der folgenden Tabelle dargestellten laufenden Aufwendungen verbunden.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2018	249.790	
			2019 ff.	297.060	Kompensation für 1,00 VZÄ vorhanden
Zeile	15	Transferaufwendungen	2018 ff.	8.000	Integrationshilfen
Insgesamt:			2018	257.790	
			2019 ff.	305.060	

Es wird angestrebt, die im Jahr 2018 entstehenden zusätzlichen Aufwendungen im Gesamthaushalt aufzufangen. Zum Stellenplan 2019 wird die Verwaltung für den absehbaren Bedarf die notwendigen Stellenvermehrungen vorschlagen.

Unabhängig von den in der Tabelle veranschlagten Personalaufwendungen, die sich aus den in der Anlage 2 dargestellten Personalbedarfen ergeben, wird der bislang in der Trauttmansdorffstraße eingesetzte städtische Hausdienst im Umfang von 1,00 VZÄ weiterhin dort arbeiten und später in den dezentralen alternativen Unterkünften eingesetzt. Von den insgesamt 4,00 VZÄ, die ab dem 01.01.2019 für Sozialarbeit eingesetzt werden sollen, können 1,00 VZÄ über eingesparte Transferaufwendungen gedeckt werden, wenn die Betreuungsarbeit der Arbeiterwohlfahrt vor Ort endet.

Die Aspekte zur Deckung zusätzlicher Finanzbedarfe sind unter Ziffer 6 dieser Vorlage dargestellt. Ob die zu erarbeitenden Vorschläge für weitere Umnutzungen von nicht mehr benötigten dezentralen Flüchtlingseinrichtungen oder weitere Alternativen (Immobilien / Flächen) für Zwecke der Wohnungslosenhilfe mit bisher noch nicht veranschlagten Aufwendungen oder Auszahlungen im Teilfinanzplan verbunden sein werden, kann noch nicht gesagt werden. Finanzbedarfe werden ggf. in Vorlagen zu Standortvorschlägen dargestellt.

Herr Heinemann verlas für die CDU-Fraktion eine Protokollerklärung, die der Niederschrift beigefügt ist – **Anlage 14**.

Frau Arnkens-Homann bedankte sich ausdrücklich bei allen Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung für das positive Votum und versprach, das damit zum Ausdruck gebrachte Vertrauen nicht zu enttäuschen.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0049/2018

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber - Evaluations- und Erfahrungsbericht der Verwaltung

Herr Wölter brachte einen gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 15**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Änderungsantrag mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, DIE LINKE.).

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages einstimmig bei Enthaltungen (SPD, DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den mit der V/0049/2018 vorgelegten Bericht der Verwaltung zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen aussagekräftigen Vergleich mit den der Rahmenvereinbarung beigetretenen Kommunen herzustellen und diesen den Gremien möglichst bis zur Ratssitzung am 04.07.2018 vorzulegen.

3. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, jährlich über konkrete Leistungs- und Kostenentwicklung durch den Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte Bericht zu erstatten.

Im Verlauf einer intensiven Diskussion konkretisierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fraktionen ihre Erwartungen an den interkommunalen Vergleich und erläuterten ihre Beweggründe für die Zustimmung bzw. Ablehnung dieses Vorgehens.

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder und bat um eine Abstimmung und Konkretisierung der Fragestellungen im interkommunalen Vergleich im Nachgang der Sitzung.

Herr Heinemann schlug hierzu ein Treffen der Verwaltung mit den sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern vor.

Punkt 8 der Tagesordnung V/1064/2017 **Förderrichtlinien für Projekte zur „Inklusiven Gesundheitsversorgung“**

Herr Wölter bedankte sich bei der Verwaltung für die gute Vorlage.

Frau Wibben begründete, warum sie die Bildung eines Beirats und dessen Beteiligung bei der Vergabe der Mittel zur „inklusiven Gesundheitsversorgung“ für sinnvoll und notwendig halte.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte daraufhin über die Vorlage ab und beschloss einstimmig:

Die Mittel zur „inklusiven Gesundheitsversorgung“ werden von der Verwaltung in Abstimmung mit dem zu diesem Zweck gebildeten Beirat nach den in der Anlage beschriebenen Förderrichtlinien vergeben.

Einen Erfahrungsbericht legt die Verwaltung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) und dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung (ASSGVAF) bis Ende 2020 vor.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0126/2018 **Existenzsicherung durch leistungsträgerübergreifende Kooperation sicherstellen**

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder.

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fraktionen begrüßten den Bericht des Jobcenters und sprachen der Verwaltung ihren Dank aus. Herr Wölter betonte, dass Münster mit diesem Verfahren in NRW ein Novum generiere.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0121/2018 **Basisinformationen Jobcenter**

Herr Scholz bat, die Daten zu den Sanktionen für Januar, Mai und Juni 2017 und zu den Ordnungswidrigkeiten für das III. Quartal 2017 noch bekanntzugeben. Herr Kollmann schlug vor, die angesprochenen Daten in die nächsten Basisinformationen des Jobcenters aufzunehmen.

Herr Voskamp regte ein Signal aus Münster an die Bundespolitik an, dass der Verwaltungsetat der Jobcenter zwingend aufgestockt werden müsse, um die Umwidmung von Eingliederungstiteln für Verwaltungskosten zu vermeiden.

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder und informierte den Ausschuss über die, trotz zeitweise misslicher Personalsituation, am Ende doch noch sehr gute Ergebnisentwicklung. Er betonte den historischen Tiefstand bei der Arbeitslosigkeit und die erfreulichen Ergebnisse bei der Integration in Ausbildung.

Herr Kollmann dankte im Namen der Mitglieder für die engagierte Arbeit. Die Mitglieder quittierten die Äußerungen mit Beifall.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung